



## Niederschrift

29. Sitzung Hauptausschuss  
17. Mai 2022, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

### **Punkt 5 der Tagesordnung: Festsetzung von Zielgrößen gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen bei AVG, VBK, SWK und KVVH**

**Vorlage: 2022/0405**

#### **Beschluss:**

1. Der Hauptausschuss schlägt der Vertretung in der Gesellschafterversammlung der **Stadtwerke Karlsruhe GmbH** vor, die folgenden Zielgrößen bis zum 30.06.2027 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung zu beschließen:  
Aufsichtsrat 20 %, Geschäftsführung 0 %.
2. Der Hauptausschuss schlägt der Vertretung in der Gesellschafterversammlung der **VBK – Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH** vor, die folgenden Zielgrößen bis zum 30.06.2027 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung zu beschließen:  
Aufsichtsrat 27 %, Geschäftsführung 0 %.
3. Der Hauptausschuss ermächtigt die Vertretung bzw. schlägt der Vertretung in der Gesellschafterversammlung der **Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH** vor, die folgenden Zielgrößen bis zum 30.06.2027 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung zu beschließen:  
Aufsichtsrat 7 %, Geschäftsführung 0 %.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Verwiesen zur erneuten Beratung in den Hauptausschuss am 21.06.2022

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** meint, es sei ein Armutszeugnis, wenn man sich diese unzureichenden Zahlen anschau. Wenn man dies jetzt beschließe, zeige man, dass man keinerlei

Ambitionen habe. Man wolle es breitenwirksamer debattieren, weshalb ihre Fraktion diesen Punkt in den Gemeinderat verweisen wolle. Ihre Fraktion werde keiner Quote unter 50 % zustimmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** entgegnet, es gehe hier um technische Einrichtungen. Wenn man diese wirklich mit 50 % Frauen besetzen wolle, müsse man erst einmal anfangen, geeignete Bewerber zu finden.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.)** geht es ähnlich wie Frau Fahringer. Es könne nicht das Ziel sein, immer den gleiche Status Quo weiterzuführen, gerade bei der Geschäftsführung mit 0 %. Als öffentliche Hand müsse man als Vorbild vorangehen nicht mit 0 % weitermachen. Sie teile die Auffassung, dass man es heute nicht beschließen könne. Stattdessen müsse man es noch einmal in den Gemeinderat bringen.

**Stadträtin Melchien (SPD)** zeigt sich irritiert von der Diskussion. Es sei keine Frage des Wollens. Natürlich wolle man keine 0 % Frauenanteil in Führungspositionen. Es sei aus Sicht ihrer Fraktion jedoch die Anerkennung der Realität, die man zur Kenntnis nehmen müsse. Werde die Debatte im Gemeinderat geführt, sollte man weniger über diese Zielgrößen diskutieren, von denen man wisse, dass diese sich in absehbarer Zeit wenig veränderten. Es mache keinen Sinn, utopische 50 % zu fordern, wenn keine Veränderungen zu erwarten seien, weil schon Geschäftsführer bestellt seien oder ähnliches. Vielmehr müsse die Diskussion dahingehend geführt werden, was man noch mehr tun könne. Wie viele der Maßnahmen, die man in dem Bereich ergreife, wirkten? Wie viele Fördermöglichkeiten würden tatsächlich in Anspruch genommen? Seien es die richtigen Fördermöglichkeiten? Müsse man sich breiter oder anders aufstellen? Diese Diskussion wolle ihre Fraktion gerne führen, jedoch keine über Zielgrößen, die man nicht verändern könne.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** empfiehlt seinen Vorrednerinnen, die diese Quote forderten, einmal im Personalausschuss vorbeizuschauen oder mit den Mitgliedern zu sprechen, wie viele weibliche Bewerbungen es überhaupt gebe. Man versuche alles, was möglich sei, aber es gebe einfach keine Bewerberinnen. Dann utopische Dinge zu fordern, mache das Ganze nicht besser. Diese Diskussion im Gemeinderat zu führen, sei der falsche Ansatz. Man müsse an anderen Stellen versuchen, Frauen zu begeistern.

Kollegin Melchien habe alles gesagt. Man sei auf einem guten Weg. Er bitte darum, diese Debatte weiter intern in den einzelnen Ausschüssen zu führen, aber nicht noch einmal im Gemeinderat eine Quote zu fordern, die überhaupt nicht realistisch sei.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** weist darauf hin, dass sich einiges bewegt habe bei den Gesellschaften. Gerade bei den technischen Gesellschaften sei es natürlich ein Aspekt, den man nicht außer Sicht lassen dürfe. Als Mitglieder im Aufsichtsrat könne der Gemeinderat auch einiges steuern, indem mehr Frauen aus den Fraktionen dorthin entsendet würden.

Bei den Geschäftsführungen habe man Fünf-Jahres-Verträge. Die Geschäftsführungen strebten auch noch nicht ins Rentenalter, weshalb klar sei, dass man die nächsten 10 Jahre nicht realistisch jemanden suchen könne. Bei der KMK überfülle man die Quote. Da habe man bis zu 100 % Erreichungsziel, weil es in dem Bereich Berufsfelder gebe, bei denen sich viele Frauen bewerben. Bei den technischen Berufen sei dies äußerst schwierig im Hinblick auf die Bewerbungsquote.

Es gebe einen Antrag zur Geschäftsordnung von den GRÜNEN. Sie müsse darüber abstimmen lassen, ob diese Beschlussvorlage im Gemeinderat entsprechend zur Behandlung anstehe. (*Abstimmung erfolgt*). Mit 5 Ja-Stimmen sei der Antrag angenommen und in den Gemeinderat verwiesen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, den Antrag im nächsten Hauptausschuss noch einmal aufzurufen und noch einmal den Hintergrund darzustellen, warum man es so formuliert habe. Denn das Dilemma sei, dass diese Vorlage suggeriere, dass es so bleiben solle. Es sei eigentlich nur der eleganteste Weg, mit diesen Vorgaben aus dem Gleichstellungsgesetz so umzugehen, dass man daraus keine rechtlichen Schritte ziehen müsse, die man nicht ziehen könne. Man werde es noch einmal aufarbeiten, damit deutlich werde, dass es eigentlich eine Formalie sei, die nichts mit der Zielsetzung der Stadt Karlsruhe zu tun habe. Vielleicht müsse man noch einen Satz aufnehmen, dass man an einer 50%igen Festsetzung der jeweiligen Positionen mit Frauen festhalte. Nur können man dies nicht als Zielsetzung geben.

**Stadträtin Fahringer** entgegnet, man werde das Angebot annehmen, es noch einmal im Hauptausschuss zu diskutieren.

**Der Vorsitzende** stellt fest, damit sei die Vorlage in den nächsten Hauptausschuss verwiesen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
23. Mai 2022